

Abgeordnetenhaus.

Die Wiedereröffnung.

Die heutige Wiedereröffnung des Abgeordnetenhauses vollzog sich unter überaus starkem Besuch. Die Parteien hatten ihre Mitglieder fast vollständig aufgeboten. Schon am Morgen begannen die Parteiberatungen; die Christlichsoziale Vereinigung trat um 9 Uhr früh zur Klub Sitzung zusammen, die um 10 Uhr infolge der um diese Stunde zusammentretenden Obmännerkonferenz unterbrochen werden mußte und nachmittags 2 Uhr fortgesetzt werden wird.

Sofort nach der Eröffnung durch den Präsidenten sprach Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der oft heftig von den bekannten tschechischen Schreibern unterbrochen, sehr energische Worte gegen die Prager tschechische Deklaration fand. Es wurde sofort durch fast einstimmigen Beschluß des Hauses die Debatte zur Ministerbeantwortung eröffnet. Während der Rede des Ministerpräsidenten gerieten auch tschechische und deutsche Sozialdemokraten heftig

einander, ein Disput, in dem es von Schimpfworten, wie „Verrat“ regnete.

Die Staatsschuldenkontrollkommission teilt in einer Zuschrift dem Hause mit, daß sie die Auslieferung vertraulicher Aktenstücke, zu der sie keine gesetzliche Ermächtigung besitze, verweigere.

Präsident Dr. Groh eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 5 Minuten, widmet zuerst dem verstorbenen Abg. Bernerstorfer einen Nachruf und macht Mitteilung von der kaiserlichen Verfügung, daß die Präsidenten der beiden Häuser des österreichischen Reichsrates und die Präsidenten der beiden Häuser des ungarischen Reichstages am Hofe unter den Geheimen Räten zu rangieren haben und zwar — insofern ihnen nicht nach der bestehenden Hofrangordnung ein höherer Rang zukommen sollte — unmittelbar nach dem jeweiligen Obersthofmeister der Kaiserin und Königin und vor jenen Geheimen Räten, welche nach dem Datum ihrer Ernennung zu Geheimen Räten rangieren.

Der Finanzminister übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausstattung der Landesgoldmünze- und silbermünze der Kronenwährung, der Ackerbauminister einen solchen, betreffend die Gewinnung phosphorsäurehaltiger, für Düngungszwecke verwendbarer Stoffe, der Minister für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe während der Kriegszeit.

Der Beschluß des Herrenhauses über die Kriegsteuer wird, da die Beschlüsse der beiden Häuser nicht übereinstimmen, neuerdings dem Finanzausschusse zugewiesen und diesem zur Berichterstattung eine dreitägige Frist gestellt.

In einer

Zuschrift der Staatsschulden-Kontrollkommission

wird mitgeteilt, daß die Kommission zu ihrem Bedauern nicht in der Lage ist, die Protokolle und Berichte der Staatsschuldenkontrollkommission an den Kaiser den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zu übermitteln, da eine gesetzliche Vorschrift hierzu nicht besteht, die internen Niederschriften über die nicht öffentlichen Sitzungen dieser Amtsstelle niemals anderweitig in Anspruch genommen worden sind und diese Behandlung der Geschäftsprotokolle über die Beratungen von Amtskollegien als ein allgemein streng eingehaltener Grundsatze anzusehen sei. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß in diese Protokolle die jeweiligen Äußerungen der über Einladung der Kommission an ihren Beratungen teilnehmenden Vertreter der Regierung aufgenommen worden sind, daß diese sich von Fall zu Fall über die Beweggründe der zu treffenden finanziellen Maßregeln ausgesprochen haben und daß die Kommission aus staatsfinanziellen Rücksichten selbst Bedenken tragen muß, diese naturgemäß vertraulichen Mitteilungen allgemein zugänglich zu machen, daß sie aber hierüber vorerst mit der Finanzverwaltung jedenfalls Fühlung nehmen müßte.

Dem Budgetausschusse wird die Frist zur Berichterstattung über den Staatsvoranschlag bis zum 29. Jänner erwidert.

Der Ministerpräsident über die tschechische Deklaration.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler: Die sehr geehrten Herren Abgeordneten Pachet, Dr. v. Oberleitner und Frh. d'Alvert haben an mich eine Anfrage über die Resolution gerichtet, die am 6. Jänner zu Prag in einer Versammlung von dem Gesltn Svaz angehörnden Abgeordneten unter Zustiehung von früheren Reichsrats- und Landtagsabgeordneten gefaßt wurde, auf welchen Gegenstand sich auch die Anfrage der Herren Abgeordneten Stanel, Habermann, Dr. Gruban, Alofac, Doktor Koetner, Dr. Stransky, Seblal, Lufar, Wdrzal und Genossen, betreffend die Konfiskation dieser Resolution bezieht. (Rufe bei den Tschechen: Verlesen Sie die Resolution! — Gegenrufe links: Ruhe!)

Ich möchte um so weniger zögern, hierauf zu antworten, als es auch mir durchaus notwendig erscheint, Klipp und Klar auseinanderzusetzen, wie die Regierung über jene Kundgebung denkt.

Abg. Dr. Soukup: Wie lautet diese Kundgebung? Warum konfiszieren Sie sie? (Gegenrufe links: Sie werden es schon hören! — Zwischenrufe bei den Tschechen. — Rufe.)

Abg. Jro: Konfiszieren Sie doch die Antwort nicht!

Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Von dem Fehler irgend welcher nationalen Einseitigkeit weiß ich mich frei; es ist mein Bestreben, jedes politische Ereignis ohne Vorurteil, ohne Vorurteil zu beurteilen, jedem Standpunkt möglichst gerecht zu werden. Ich habe kürzlich, und zwar in einem ähnlichen Zusammenhange, erklärt, daß ich jede politische Überzeugung, mag sie auch von der meinen noch so weit entfernt sein, achte und daß ich bereit bin, mich mit ihr ernsthaft und aufrichtig auseinanderzusetzen. Allerdings stelle ich dabei eine Bedingung, daß nämlich auch der Gegner dasjenige, was uns allen das Heiligste sein muß, das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, als obersten Gesichtspunkt unverrückt im Auge hat.

Abg. Kalina: Das haben die tschechischen Abgeordneten getan! (Lebhafter Widerspruch und Lachen links.)

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler: Die Deklaration vom 30. Mai v. J. hielt sich zwar nicht im Rahmen der konkreten Verfassungsbestimmungen und forderte insbesondere auch insoferne den schärfsten Tadel heraus, als sie gegen die Hoheitsrechte der Länder der ungarischen heiligen Krone verstieß. Aber sie nahm doch ausdrücklich Bezug auf das Interesse der Dynastie und des ganzen Reiches, faßte ihre Ziele innerhalb eines wenn auch looserer gesamtstaatlichen Zusammenhanges ins Auge und zeigte, was die außenpolitische Orientierung und die wesentliche Tendenz anbelangt, einen Charakter, der mit der dynastischen und patriotischen Grundbegriffen des Oesterreichers noch in Einklang zu bringen war. Ich brauche nicht erst hervorzuheben, daß ich mit den darin niedergelegten Anschauungen nicht übereinstimme; aber ich konnte mir unbeschadet aller Schärfe der prinzipiellen Gegenätze und der Notwendigkeit ihrer rückhaltlosen Betonung doch wenigstens auf sonstigen indifferenten Gebieten der praktischen Politik ein Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien einerseits und den Anhängern jener Deklaration anderseits denken.

Die Prager Resolution trägt ein anderes Gesicht. Ihr Ursprung liegt wohl in denselben nationalen Strömungen, wie jener der Deklaration vom 30. Mai. Aber vergeblich sucht man in ihr einen auch nur entfernten Anflug an die dynastische und gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Das politische Denken, das in ihr zum Ausdruck kommt, scheint den Suggestionen einer Gedankenwelt erlegen zu sein, mit der wir uns in einem bisher nicht dagewesenen Existenzkampfe höchst erfolgreich auseinandersetzen. Die Resolution stellt sich gewissermaßen auf einen internationalen Standpunkt und verfolgt ihre partikularen Ziele zwischen Oesterreich und seinen Feinden, bereit, zum mindesten im Friedensschlusse internationale Förderung anzunehmen, um für die von ihnen bereits als gegeben angenommene Souveränität die Anerkennung auswärtiger Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr eine Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung von gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundzügen nicht zu erlahmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Soukup: Also machen Sie Ordnung! (Lebhafte, ironischer Beifall links und Rufe: Mit Euch Ordnung machen!)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Sie sucht die Haltung unserer Unterhändler bei den im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen zu stören (Sehr richtig! links), sie bekämpft den Frieden....

Abg. Dr. Soukup: Das ist eine Lüge!

Präsident ruft den Abgeordneten Dr. Soukup zur Ordnung.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: ... insofern er nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker bringt, und zwar das Selbstbestimmungsrecht in einem besonderen, für die eigenen Zwecke gewaltsam umgedeuteten Sinne. (Sehr richtig! links) Denn nicht nur, daß es auf die Sudetenländer, also auf Gebiete angewendet werden soll, deren politische Zugehörigkeit nach der ganzen Entwicklung der Dinge keine Kriegs- und Friedensfrage bilden kann dieses Recht soll noch dazu in Anspruch genommen werden, um — entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes — den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes volle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es nun bei Oesterreich oder nicht. (Sehr richtig! links) Die Resolution faßt somit Eventualitäten und zu ihnen führenden Wege ins Auge, die mit dem österreichischen Gedanken nichts mehr gemein haben würden. (Zustimmung links.)